

# «Rita» wirbelt weiter

## Hurrikan «Rita» verwüstet ganze Ortschaften – Keine Entwarnung

**HOUSTON – Hurrikan «Rita» hat im Südosten der USA ganze Dörfer und Städte verwüstet. Auch gestern gaben die Behörden nach keine Entwarnung.**

US-Präsident George W. Bush und die Gouverneure der betroffenen Bundesstaaten Texas und Louisiana rieten den drei Millionen Sturmflüchtlingen vielmehr, noch nicht nach Hause zurückzukehren. Die Lage sei nach wie vor gefährlich.

Noch immer standen am Montag zahlreiche Ortschaften unter Wasser. Knapp eine Million Menschen waren den dritten Tag in Folge von der Stromversorgung abgeschnitten.

### Sieben Todesopfer

Mindestens sieben Menschen kamen ums Leben. Im Bundesstaat Mississippi starb ein Mann, als ein durch «Rita» entstandener Tornado seinen Wohnwagen zerriss. In Texas wurde nach Behördenangaben ein Mann von einem umstürzenden Baum erschlagen. Fünf Mitglieder einer Familie starben gestern in der schwer beschädigten texanischen Stadt Beaumont an Kohlenmonoxidvergiftung, nachdem sie in ihrer Wohnung einen Generator in Betrieb genommen hatten.

Der Gouverneur von Texas, Rick Perry, zeigte sich erleichtert, dass nicht mehr Menschen ums Leben gekommen sind. Er sprach von ei-



Der 83-jährige Lawrence Broussard aus dem Städtchen Erath hat «Rita» überstanden. Was bleibt ist das Wasser.

nem «Wunder». Zudem sei die glimpfliche Bilanz auch Folge der grössten Evakuierungsaktion der US-Geschichte.

### Sachschäden bis zu sieben Milliarden Dollar

Die Sachschäden waren jedoch enorm. In Orten wie Cameron, Port Arthur und Lake Charles war die Spur der Verwüstung unübersehbar. Insbesondere an der Grenze zwischen den US-Bundesstaaten Louisiana

und Texas, wo «Rita» wütete wurden nach Angaben des US-Katastrophenschutzes mehrere Orte weitgehend zerstört. Die führende Risikoprüferfirma Risk Management Solution schätzte die «Rita»-Schäden auf vier bis sieben Milliarden Dollar. Im Vergleich zu «Katrina» sei dies wenig, weil «Rita» nur durch ein dünn besiedeltes, landwirtschaftlich geprägtes Gebiet gezogen sei.

In New Orleans, wo «Rita» erneut Dämme zerstörte und Flutwas-

ser in die Stadt strömen liess, stabilisierte sich am Montag die Lage. Es drang kein Wasser mehr ein, nachdem die Dammbrüche am Sonntag notdürftig repariert werden konnten. Das Armenviertel Lower Ninth Ward im Osten der Stadt stand aber erneut unter Wasser.

Auch in den kommenden Tagen droht dem Süden der USA Unheil: Meteorologen warnen vor weiteren Überschwemmungen, Gewitterstürmen und Tornados. (sda)

# Merkel stellt Machtanspruch

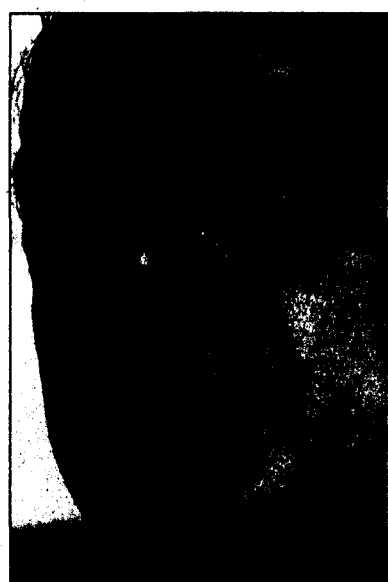
## Kanzlerin Merkel als Bedingung für Aufnahme echter Koalitionsverhandlungen

**BERLIN – Mehr als eine Woche nach der Bundestagswahl in Deutschland kommt die Regierungsbildung nur im Schneckentempo voran.**

Vor ihrer zweiten Sondierungsrunde beharrten CDU/CSU und SPD gestern weiter auf ihrem jeweiligen Führungsanspruch in einer grossen Koalition und liessen nur in Zwischentönen Ansätze für einen Kompromiss erkennen. Die Grünen verabschiedeten sich endgültig in die Opposition. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte sich am Sonntag eindeutig für eine grosse Koalition ausgesprochen und die Möglichkeit seines Rückzugs angedeutet. Man solle aber zunächst über Inhalte beraten und Personalfragen erst an-



Wollen beide die Führung Deutschlands übernehmen: Angela Merkel und Gerhard Schröder.



schliessend klären. Derzeit sind nur «Sondierungsgespräche» von Union und SPD vorgesehen, und zwar morgen Mittwoch sowie voraussichtlich nach der Dresden-Nachwahl am kommenden Wochenende.

CDU-Chefin Angela Merkel machte es zur Bedingung für die Aufnahme echter Koalitionsverhandlungen, dass die SPD sie als Kandidatin für das Kanzleramt anerkennt. Die Union sei der «grössere Partner» und stelle die Kanzlerin. Das gehöre zu der Vertrauensbasis, die in Sondierungsgesprächen geschaffen werden müssten. Die SPD wünscht sich hingegen «Gespräche auf Augenhöhe» und geht mit dem Ziel hinein, mit Schröder weiterzuregieren. (AP)

# Bis zu 27 Jahre Haft

## Al-Kaida-Mitglieder in Spanien verurteilt

**MADRID – Im grössten Gerichtsverfahren in Europa gegen das Terrornetzwerk al-Kaida hat Spaniens Oberstes Gericht 18 Angeklagte wegen Mitgliedschaft in der Organisation verurteilt. Die Richter verhängten Haftstrafen bis zu 27 Jahren.**

Von den insgesamt 24 Angeklagten wurden 6 freigesprochen. Der Nationale Gerichtshof in Madrid blieb bei den gestern verkündeten Urteilen erheblich unter dem Strafmass, das die Anklage gefordert hatte.

Die Richter verurteilten den Hauptangeklagten Imad Eddin Barakat Yarkas alias Abu Dahdah wegen Mitgliedschaft in einer ter-

roristischen Vereinigung und Verschwörung zu 27 Jahren Haft. Sie sahen es als erwiesen an, dass der aus Syrien stammende Textilhändler an den Vorbereitungen zu den Anschlügen vom 11. September 2001 in den USA beteiligt war. Ausserdem war er nach Ansicht des Gerichts der Anführer einer al-Kaida-Zelle in Spanien.

Die Richter machten Abu Dahdah jedoch nicht direkt für den Tod der 2973 Opfer vom 11. September verantwortlich, wie die Staatsanwaltschaft es gefordert hatte. Die Anklage hatte dafür plädiert, jedes Terroropfer als Mord zu bewerten, und für den 2973-fachen Mord eine Haftstrafe von über 74 000 Jahre Haft verlangt. (sda)

# Zu guter Letzt...

## Wenn Söhne, dann biteschön auch Töchter

**WIEN – Die österreichische Nationalhymne ist nach Ansicht von Frauenministerin Maria Rauch-Kallat diskriminierend. Im Sinne der Gleichberechtigung schlug sie gestern eine Textänderung vor: Die Zeile «Heimat bist du grosser Söhne» soll in «Heimat grosser Töchter, Söhne» umgedichtet werden. Und statt als «Vaterland» soll Österreich künftig als «Heimatland» besungen werden.**

«Frauenpolitik ist auch Sprachpolitik und Bewusstseinsbildung», sagte Rauch-Kallat, die der konservativen Österrei-

chen Volkspartei (ÖVP) von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel angehört, der Zeitung «Kurier». «Wenn von Söhnen die Rede ist, dann soll auch von Töchtern die Rede sein. Die Bundeshymne ist eine Sache der Identität jeder Österreicherin und jedes Österreichers.»

Der Originaltext wurde von einer Frau verfasst, Paula von Predovic. Deren Sohn Fritz Molden habe sich mit der Neufassung bereits einverstanden erklärt, sagte Rauch-Kallat. Ausserdem sei der Text Eigentum der Republik. Die Ministerin rechnet nach eigenen Angaben damit, dass auch das Parlament den Änderungen zustimmen wird. (AP)

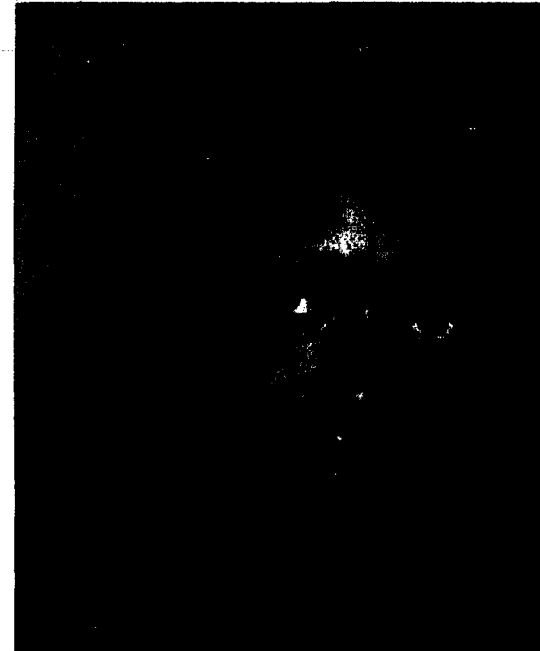
**VOLKSBLATT SPLITTER**

**Berufungsverfahren um Kaprun-Katastrophe begonnen**

LINZ – Knapp fünf Jahre nach der Gletscherbahnkatastrophe von Kaprun hat gestern im oberösterreichischen Linz ein Berufungsverfahren gegen 8 Österreicher begonnen. Ihnen wird vorgeworfen, das Unglück, bei dem 155 Menschen ums Leben kamen, durch Fahrlässigkeit verursacht zu haben. In der Gletscherbahn war am 11. November 2000 auf der Fahrt zum Kitzsteinhorn ein Feuer ausgebrochen, das im Tunnel schnell den ganzen Zug erfasste. 155 Passagiere verbrannten oder erstickten. Im Februar 2004 waren zunächst alle 16 Angeklagten freigesprochen worden. (sda)

**US-Soldatin England schuldig**

FORT HOOD – Die US-Soldatin Lynndie England ist gestern in sechs von sieben Anklagepunkten schuldig gesprochen worden. Die 22-Jährige musste sich wegen der Misshandlung von Gefangenen im irakischen Gefängnis Abu Ghraib zum zweiten Mal vor einem Kriegsgericht verantworten. (AP)



**«Alle sind gemein zu ihr»**

**BOGOTA – Topmodel Naomi Campbell (Bild) betrachtet die öffentliche Empörung über den Drogenkonsum ihrer Kollegin und Freundin Kate Moss als überzogen. Sie warf den Medien einen Feldzug gegen die 31-Jährige vor, die von Reportern beim Schnupfen eines weissen Pulvers fotografiert wurde. Mehrere Unternehmen kündigten daraufhin ihre Werbefträge mit Moss. «Alle sind gemein zu ihr», sagte Campbell am Sonntag am Rande einer Pressekonferenz in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota. Moss' Fall sei nicht der erste dieser Art, sagte Campbell, die eingeräumt hat, Drogen selbst konsumieren zu haben. Es sei aber falsch, die Modelinde für Drogenkonsum und Essstörungen junger Frauen verantwortlich zu machen. (AP)**

ANZEIGE

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur  
Bei uns ist alles im Preis gebunden

Jetzt ab 30 Monate für CHF 209.-

**VOLKSBLATT**  
abonnieren

Die günstigste Tageszeitung Liechtensteins

Anfragen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als Abonnent von Vorzugspreisen